

Antrag 2.0.2: Position der AWO zum Umgang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Hannover e.V.
Status:	Annahme mit Änderungen
Antragskommission:	Annahme mit Änderungen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 7: (Änderungsantrag 2.0.2-Ä01) - angenommen

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 Eine Mitgliedschaft in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist unvereinbar
 4 mit den Grundwerten der Arbeiterwohlfahrt. Daher ist eine Beschäftigung von haupt-
 5 und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Mitglied in der AfD sind,
 6 nicht vereinbar. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei der AWO und in der Partei der
 7 AfD schließen sich aus. Sollte sich ein Mitglied oder ein/e Arbeitnehmer*in zu
 rechtsextremen, rassistischen und
 8 menschenverachtenden Äußerungen bekennen, ist eine Kündigung oder eine Auflösung der
 9 Mitgliedschaft anzustreben.

Begründung

Mit undemokratischen, völkischen, antisemitischen, rassistischen und menschenverachtenden Parolen in der Öffentlichkeit erzeugt die AfD eine Stimmung von Hass und fördert Hetze gegen demokratische Institutionen und gewählten Repräsentanten unseres demokratischen Staates. Schutzsuchende Menschen und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte werden diskriminiert.

Die AfD steht im unvereinbaren Widerspruch zu den Grundwerten der AWO.

Die AWO wird dieser Partei aktiv entgegenzutreten und ihr Gedankengut bekämpfen.